

Ein Faustpfand für Rachmon

Deutschland schiebt einen Verwandten von Gegnern des tadschikischen Diktators ab, obwohl ihm dort Folter droht. Warum?

Von Othmara Glas und Friedrich Schmidt, Moskau

Es ist der 9. Februar, als Abdullo Shamsiddin das vorerst letzte Mal mit seiner Frau telefonierte. Er habe sie aus einem Gefängnis in Tadschikistan angerufen, geweint und sie aufgefordert, nicht an Kundgebungen teilzunehmen und sich nicht an Medien zu wenden. Das würde ihm schaden. Sumaja Pirowa spricht dennoch mit der F.A.Z. Denn sie fürchtet, dass Shamsiddin gefoltert wird. Und sie erhebt schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung: „Zwei Länder, Deutschland und Tadschikistan, verstoßen gegen Menschenrechte.“ Die deutschen Behörden hätten gesagt, ihr Mann werde in Tadschikistan nicht im Gefängnis landen. Dann schoben sie ihn ab.

In Duschanbe, der Hauptstadt von Tadschikistan, bestreiten der Generalstaatsanwalt und der Innenminister, etwas von der Verhaftung zu wissen. Letzterer sagte auf einer Pressekonferenz Mitte Februar, dass er aus den Medien von der Abschiebung erfahren habe. Seine Behörden hätten Shamsiddin aber nicht verhaftet, „davon wissen wir nichts“.

Tadschikistan ist einer der repressivsten Staaten der Welt. Seit mehr als dreißig Jahren herrscht dort Emomali Rachmon. Er lässt Oppositionelle und ihre Verwandten verfolgen, Journalisten einsperren. Es gebe Hunderte politische Gefangene, Folter, Schauprozesse und Tötungen friedlicher Demonstranten, sagt Steve Swerdlow, ein Menschenrechtsanwalt, der an der University of Southern California in Los Angeles lehrt. Swerdlow hält es für „sehr wahrscheinlich“, dass Shamsiddin misshandelt wird. Die Abschiebung kritisiert er als „absolut schockierend und vollkom-

men unvereinbar mit Berlins internationalen Verpflichtungen“. Diese untersagen es, Personen in Staaten zurückzuführen, in denen ihnen Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

Der 32 Jahre alte Shamsiddin kam 2009 nach Deutschland. Er lebte zuletzt in Dortmund, arbeitete und verdiente genug für seinen Lebensunterhalt. Seine Eltern wohnen in Aachen. Sie sind als Flüchtlinge anerkannt. Shamsiddins Vater ist ein bekannter Oppositionspolitiker, Führungsmittglied der in Tadschikistan verbotenen Islamischen Partei der Wiedergeburt (IPWT). In Abwesenheit wurde er in seiner Heimat zu 15 Jahren Haft verurteilt. Auch Shamsiddin war in der Partei aktiv. Doch weder die Behörden noch die Gerichte gehen davon aus, dass Shamsiddin Folter in Tadschikistan droht. Vor allem, weil sie seine Identität anzweifeln. Denn als Shamsiddin nach Deutschland kam, änderte er seinen Nachnamen in Abdullo. Die Gründe untersuchen sich, je nachdem, mit wem man aus seinem Unterstützerkreis spricht. Entweder hatte ihm jemand erzählt, dass er mit einer falschen Identität seine Chancen auf Asyl steigern würde. Oder er hatte Angst vor tadschikischen Geheimdienstleuten in Deutschland. Alle Gesprächspartner sind sich aber einig, dass Shamsiddin damals naiv war.

Sein erster Asylantrag wurde 2011 abgelehnt, er blieb aber im Land. Zu den falschen Identitätsangaben kamen drei Vorstrafen. So verurteilte ihn ein Jugendgericht 2012 wegen Vergewaltigung zu 18 Monaten Haft auf Bewährung. Zwei Jahre später arbeitete Shamsiddin in einer



Herrscht mit harter Hand: Tadschikistans Machthaber Emomali Rachmon

Foto Anadolju/Getty

Flüchtlingsunterkunft, als dort Wachleute Bewohner misshandelten. Er schritt nicht ein und wurde wie mehr als drei Dutzend Personen in dem Fall angeklagt. Wegen Freiheitsberaubung erhielt er eine Geldstrafe. „An dem klebt das Pech“, sagt Cornelia Suhan, Sprecherin von Shamsiddins Unterstützerkreis. Sie hält den Tadschiken nicht für einen Vergewaltiger. Kurz nach seiner Ankunft in Deutschland habe er eine Russin kennengelernt. Dass sie verheiratet war, habe er nicht gewusst. Als das Verhältnis aufflog, habe sie ihre Ehe mit dem Vergewaltigungsvorwurf retten wollen. Die Fotjournalistin Suhan, die einen Verein gegründet hat, der Frauen und Mädchen unterstützt, die Gewalt erfahren haben, hält Shamsiddins Darstellung für glaubwürdig. „Abdullo hat vieles nicht ernst genommen“, sagt Suhan.

Der falsche Abdullo durfte, solange er geduldet war, arbeiten. Die Erlaubnis wurde ihm jedoch vor knapp zwei Jahren

von der Ausländerbehörde entzogen. „Wohl auch, um Druck auszuüben“, sagt Suhan. Shamsiddin gab seine wahre Identität preis. Doch die Beamten glaubten ihm nicht, lehnten auch den zweiten Asylantrag ab. Im Dezember wurde er nach München gebracht, von wo aus er Flugzeug nach Duschanbe gehen sollte. Aus Panik schlug er seinen Kopf so hart gegen eine Wand, dass seine Nase brach. Die Abschiebung wurde ausgesetzt.

In der Abschiebehaft stellte Shamsiddin einen dritten Asylantrag. Der wurde im Schnellverfahren abgelehnt. Auch das von seinem Anwalt beantragte Abschiebeverbot scheiterte vor Gericht. Als Grund wurde die falsche Identität angegeben. Das Ergebnis eines selbst organisierten DNA-Tests warteten die Behörden nicht ab und setzten ihn am 18. Januar in ein Flugzeug nach Tadschikistan.

Die Abschiebung verurteilter Straftäter hat für die schwarz-grüne Landesregierung in Düsseldorf Priorität. Doch auch sie haben Rechte: Droht ihnen im Herkunftsland Folter oder gar der Tod, gilt ein Abschiebeverbot. Shamsiddins Identität war zum Zeitpunkt der Abschiebung eigentlich geklärt: Im Juni waren Vertreter der tadschikischen Botschaft zu einer Anhörung in der Zentralen Ausländerbehörde in Essen. Werden Asylanträge abgelehnt, fehlen den Ausreisepflichtigen aber die Dokumente für die Heimreise, stellt die Botschaft des Herkunftslandes Passersatzpapiere aus. Wie im Fall Shamsiddins. Der sei trotz der drohenden Abschiebung nach dem Termin optimistisch gewesen, sagt Suhan. Schließlich hätten die deutschen Behörden nun die Bestätigung, wer er sei.

Zwar wurde weiter Shamsiddins Mitgliedschaft in der IPWT infrage gestellt. Aber in Tadschikistan werden Verwandte von Oppositionellen oft in Sippenhaft genommen. Und Shamsiddin ist ein doppeltes Faustpfand für das Regime, nicht nur wegen seines Vaters, sondern auch aufgrund seiner Frau gefährdet: Sumaja Pirowa ist eine Nichte von Muhiddin Kabiri, dem Vorsitzenden der IPWT. Der in der EU als anerkannter Flüchtling lebende Kabiri ist der größte Feind von Präsident Rachmon. Kabiri sagt der F.A.Z., Shamsiddin sei für den Diktator ein besonders „lohnendes Ziel“ gewesen. Seit der Abschiebung müsse er noch häufiger den Aufenthaltsort wechseln als zuvor: „Aus Abdullo werden jetzt alle Informationen herausgequetscht.“ Bekannt sei nur, dass Shamsiddin in dem Untersuchungsfängnis in Duschanbe verhört werde, in dem der Geheimdienst GKNB einen Teil verwalte. Vorige Woche habe Shamsiddin dort Besuch von seiner Schwester empfangen können – obwohl Rachmons Behörden weiter beteuerten, keinen Häftling Abdullo Shamsiddin in ihrer Gewalt zu haben.

Kabiri hat allen Grund, auf der Hut zu sein. Vor acht Jahren wurde ein anderer Gegner Rachmons in Istanbul von einem Killer erschossen; die türkischen Behörden machten den tadschikischen Staat für den Mord verantwortlich. Das Opfer, Umarali Kuwatow, hatte eine Partei gegründet, deren Bedeutung bei Weitem nicht an die der IPWT heranreichte. Letztere hatte Zehntausende Mitglieder in Tadschikistan und war ein Schlüsselspieler der Beendigung des Bürgerkriegs, in dem in den Neunzigerjahren Zehntau-

sende Menschen umkamen. Ein in Moskau ausgehandeltes Friedensabkommen sah eine Machtbeteiligung der Opposition um die IPWT vor. Jahrelang war sie als gemäßigte Oppositionskraft an der Regierung beteiligt. Bis Rachmon Wahlen fälschen und die Partei 2015 als „terroristisch“ verbieten ließ. Eine Reihe ihrer Führungsfiguren wurde verhaftet und zu langen Freiheitsstrafen bis hin zu lebenslanger Haft verurteilt.

Kabiri kehrte damals von einem Auslandsaufenthalt nicht zurück. Menschenrechtsanwalt Swerdlow sagt, Oppositionelle wie sie „leben mit der ständigen Bedrohung, ermordet oder nach Tadschikistan ausgeliefert zu werden“. Kabiri selbst sieht hinter dem Handeln der deutschen Behörden die im Westen verbreitete Logik, dass Rachmon als säkularer Diktator nicht so schlimm sei wie etwa das Mullah-Regime in Iran. Das sei ein Trugschluss: Herrscher wie Rachmon inszenierten sich als Bollwerk gegen radikale Islamisten, die jedoch gerade davon profitierten, wenn sich junge Leute frustriert von den Befürwortern von Verhandlungen und freien Wahlen abwendeten.

Zudem profitiert Rachmon von Russlands Schwächung im Ukrainekrieg. Zwar seien, so Kabiri, über die Jahre mehr als hundert Mitstreiter seiner Partei aus Russland, wo viele Tadschiken leben, nach Tadschikistan deportiert worden. Moskau habe sich aber lange gegen Rachmons Forderung gesträubt, die IPWT auch in Russland als „terroristisch“ zu verfolgen. Im September jedoch, bald nach einem Besuch von Präsident Wladimir Putin in Duschanbe, war es so weit: Moskau gab dem tadschikischen Regime nach. „Putin ist so geschwächt, dass er Rachmon entgegengekommen ist“, folgert Kabiri. Swerdlow sagt, Rachmon habe jetzt freie Hand, „alle wirklichen und imaginären Gegner zu verfolgen“.

Kabiri berichtet, im Gegenzug für Russlands Unterstützung verfolge Tadschikistan als einziges Land Zentralasiens nicht seine Landsleute, die für Putin in der Ukraine kämpfen. Viele seien dort schon gefallen. Die IPWT forderte ihre Anhänger auf, Russland zu verlassen. Für den exilierten Vorsitzenden bedeutete Putins Einschwenken auf Rachmons Kurs aber auch, dass er selbst jetzt offen die Ukraine und die russische Opposition unterstützen kann. „Vorher hatte ich Angst um unsere Mitstreiter in Russland“, sagt Kabiri. „Jetzt sind sie verhaftet oder abgeschoben, und ich habe die Hände frei.“

Sumaja Pirowa, deren Whatsapp-Profilbild Shamsiddin und die beiden 2020 und 2022 geborenen Söhne zeigt, lebt mittlerweile in Litauen, hat dort einen Flüchtlingsstatus. Shamsiddins Unterstützer sagen, die deutschen Behörden hätten das Recht auf Familienzusammenführung ignoriert. Sie fragen, warum er nicht einfach nach Litauen ausreisen dürfte. Das Ausländeramt in Dortmund teilt der F.A.Z. mit, dass Shamsiddin „mehrfach zu der Möglichkeit der freiwilligen Ausreise nach Litauen beraten worden“ sei: „Diese Möglichkeit hat er stets für sich ausgeschlossen.“ Pirowa sorgt sich um die Gesundheit ihres Mannes. „Abdullo hat Asthma“, sagt sie. „Im ersten Brief, den er aus dem Gefängnis schickte, bat er um Medikamente.“

Lehrkräfte gesucht!

Na, alles kosher?!

Jüdisches Leben damals und heute

Was bedeutet eigentlich kosher – gibt es nur koschere Lebensmittel, oder gehört vielleicht noch viel mehr dazu? Was heißt es eigentlich genau, jüdisch zu sein? Oder kann man das gar nicht so pauschal sagen? Ändert sich etwas, wenn es bald keine Zeitzeugen des Holocausts mehr gibt?

Wir laden Sie herzlich ein, mit Ihrer Schulklassen oder Projektgruppe zu diesen und ähnlichen Fragen zum jüdischen Leben zu recherchieren und beim Rolf-Joseph-Preis mitzumachen. Der Wettbewerb wird bereits zum 10. Mal für die Klassen 8 bis 11 ausgerufen.

Die Schülerinnen und Schüler untersuchen Spuren und Einflüsse jüdischen Lebens. Die Themenwahl und Gestaltung soll dabei bewusst der Kreativität der Schülerinnen und Schüler überlassen sein. Für die Recherche erhalten die Teilnehmenden mit Anmeldung zum Projekt Zugang zu ihrem persönlichen Digital-Abonnement der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Das Projekt wird von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gefördert. Nehmen Sie ab sofort mit Ihrer Schulklassen teil.

Jetzt zum Projekt anmelden: fazschule.net



Rolf-Joseph-Preis



Erinnerung Verantwortung Zukunft

Mit Unterstützung von

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDS Schulen

Sorge um die Kinder im Erdbebengebiet

Kritik an der Unterbringung türkischer Waisen in Wohnheimen islamischer Orden

Einen Monat nach der Erdbebenkatastrophe vom 6. Februar nimmt in der Türkei die Kritik an der Einlieferung von Kindern und Jugendlichen, die möglicherweise Waisen wurden, in Wohnheimen islamischer Orden zu. Der Staat müsse die Kinder in Erbe Obhut nehmen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie ein würdiges Leben führen könnten, sagte Nuray Türkmen, die Ko-Vorsitzende der Kinderkommission der oppositionellen HDP, der F.A.Z.

Zuletzt hatte die türkische Zeitung „Birgün“ berichtet, dass mehr als 2000 Kinder in der Kleinstadt Menzil, dem Zentrum des Menzil-Ordens, untergebracht worden seien. Der Orden verbreitete auf seinen sozialen Medien Videos, wie die Kinder das „Tekbir“-Zeichen radikaler Muslime, den erhobenen Zeigefinger für die Einheit Allahs, machten. Das türkische Programm der Deutschen Welle hatte zuvor nachgewiesen, dass neun Minderjährige mit dem Wissen der staatlichen Religionsbehörde

in Sakarya, im Nordwesten der Türkei, in ein Wohnheim des radikalen Ismail-Agas-Ordens untergebracht worden sind, wo sie nun eine Koranschule besuchen.

Im Parlament hat die HDP Anfragen an das Innen- und das Familienministerium zur Situation der Kinder im Erdbebengebiet eingereicht. Antworten liegen noch keine vor. In einem Sonderausschuss des Parlaments, der zum Missbrauch einer Stiftung ermittelt, die zum Ismail-Aga-Orden gehört, sagte am Mittwoch ein Vertreter des Innenministeriums, man habe 213 Kinder aus der Erdbebenregion erfasst, die unbegleitet sind und sich nicht ausweisen könnten. 137 davon seien weniger als ein Jahr alte Säuglinge. In derselben Sitzung gaben die Vertreter des Familienministeriums indes die Zahl von lediglich 79 nicht identifizierten Kindern an.

Die HDP fordere Aufklärung über das Schicksal der Kinder in der Erdbebenregion, sagt Türkmen. Es müsse Antworten

auf die Fragen geben, wie viele Kinder vermisst würden, wie viele unbegleitet seien und nicht identifiziert werden könnten, wie viele in Krankenhäusern behandelt würden, zudem in welche Städte die Kinder geschickt worden seien. Unter den Betroffenen des Erdbebens befänden sich zwei Millionen Kinder, die die Katastrophenregion verlassen hätten. Allein nach Ankara haben sich schätzungsweise 500.000 Erwachsene und Kinder begeben. Im Erdbebengebiet, wo sich weiterhin drei Millionen Kinder befinden, müssten dringende Lösungen für deren Unterbringung gefunden werden.

Die Kinderkommission der HDP will in Kürze einen Bericht über die Lage der vom Erdbeben betroffenen Kinder veröffentlichen. Mitglieder der Kommission waren in die Region gereist, um die Bedürfnisse der Kinder zu ermitteln. Jetzt gelte es, deren Bedürfnisse nach Unterkunft, Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheit, Bildung und Spiel zu erfüllen, so Türkmen. Her-

Wichtiges in Kürze

Französischer Senat stimmt für Rentenreform

Der französische Senat hat in der Nacht zu Donnerstag mit den Stimmen der Republikaner der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre zugestimmt. 201 Senatoren stimmten für Artikel 7 des Gesetzentwurfes, 115 dagegen. In der Nationalversammlung hat es bislang keine Abstimmung dazu gegeben. Marine Le Pen äußerte am Donnerstag im Radiosender France Inter die Hoffnung, dass die Reform in der Nationalversammlung scheitern könne. „Es gibt keine Mehrheit dafür“, sagte sie. Le Pen hat versprochen, die Rente mit 64 rückgängig zu machen, sollte sie 2027 zur Präsidentin gewählt werden. Die Minderheitsregierung unter Premierministerin Elisabeth Borne

kann bei fehlender Mehrheit Verfassungsartikel 49.3 anrufen und die Reform mit der Vertrauensfrage verknüpfen. mic.

Baerbock verspricht Jesiden Wiederaufbauhilfe

Außenministerin Annalena Baerbock hat den Jesiden im Irak nach dem Völkermord durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) Unterstützung beim Wiederaufbau und bei der Verfolgung der Täter versprochen. „Kudschi ist einer dieser Orte, wo das Böse auf dieser Welt sein Gesicht gezeigt hat“, sagte Baerbock am Donnerstag beim Besuch in der Region Sindschar. Im August 2014 hatten IS-Kämpfer in Kudschi während einer zwölf Tage langen Belagerung in dem jesidischen Ort die Männer, Jungen und äl-

tere Frauen ermordet. Andere Frauen und Mädchen wurden entführt. dpa

Taliban-Gouverneur getötet

In Afghanistan ist ein Provinzgouverneur der herrschenden Taliban bei einer Explosion in seinem Amtssitz getötet worden. Der Gouverneur der Provinz Balch an der Nordgrenze des Landes ist einer der ranghöchsten Islamisten, die seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 zu Tode kamen. Neben ihm seien auch zwei Zivilisten ums Leben gekommen, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Wer für die Tat verantwortlich ist, wurde zunächst nicht bekannt. Der mit den Taliban verbündete regionale Ableger des „Islamischen Staates“ hatte sich in der vergangenen Zeit zu zahlreichen Anschlägen auf Taliban bekannt. Reuters